

Niederschrift zur 47. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 22. Januar 2015 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 21:25 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Zilm

Tagesordnungspunkte:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 45. Sitzung vom 13. November 2014
3. Kitaversorgung im Stadtteil Ca. 18:30 Uhr
4. Vorstellung des Medienkompetenzzentrums Ca. 19:30 Uhr
5. Evaluation des Ortsgesetzes für Beiräte u. Ortsämter Ca. 20:15 Uhr
6. Vergabe von Globalmitteln
7. Anträge und Anfragen der Parteien
8. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
9. Mitteilungen der Beiratssprecherin
10. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker	Pörschke, Thomas
Sulimma, Wilfried	Buchholz, Rainer
Tienken, Volker	Frenzel, Greta
Sprehe, Heike	Scharf, Detlef
Jäckel, Gabriele	Degenhard, Cord
Keßenich, Gundram	Sonnekalb, Ralf
Schulte im Rodde, Christoph	Kiener, Günter

Es fehlen Herr Riebau und Herr Kurt

Weitere Teilnehmer:

Herr Dick	Senator für Soziales
Herr Dr. Ballnus	Landesinstitut für Schule [LIS]
Frau Gronholz	Gustav-Heinemann-Bürgerhaus
Herr Hänke	Bremische Landesmedienanstalt [(bre(ma))]

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Eine Änderung zur Tagesordnung liegt vor, es wird darum gebeten den Tagesordnungspunkt „Besetzung von Ausschüssen“ mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Anschließend berichtet der Vorsitzende vom Tod des Herrn Heiko Fischer und bittet um einen Moment des Gedenkens.

Tagesordnungspunkt 1
Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegen zwei schriftliche Anträge vor.

Herr Jacobi als Sprecher der AG Lindenstraße hat einen Antrag eingereicht, zusätzliche Parkbuchten in der Lindenstraße einzurichten. Es geht um Parkbuchten vor dem DS-Markt, dem Reisebüro ATI Meeresbrise, Foto Regen, der Spielhalle und gegenüber der Sparkasse.

Ein Bürger beantragt die Aufstellung der Geschwindigkeitsmessanlage in der Kirchhooper Straße in Höhe Spielplatz.

Eine Bürgerin beantragt, das Zitat, welches sie in der letzten Beiratssitzung aus dem „Moselbrief“ verlesen hat, in das Protokoll der Einwohnerversammlung Aumunder Wiesen kommt.

Frau Krohne vom MTV Nautilus macht nochmals auf die Parksituation der Mitglieder des MTV Nautilus aufmerksam und beantragt, dass so schnell wie möglich eine Lösung gefunden wird. Der MTV Nautilus braucht eine Zufahrt zum Nautilushaus ohne dass dort Schlüssel benötigt werden. Außerdem werden mehrere Kurzzeitparkplätze (2-3 Std.) beantragt.

Ein Bürger beantragt, dass der Beirat sich dafür einsetzt, dass es in Zukunft nicht mehr zu Lärmbelästigungen durch Schiffe, die nicht durch Landleitungen versorgt werden können, kommt.

Eine Bürgerin beantragt Parkmöglichkeiten am Spicarium, wenigstens zu besonderen Anlässen.

Eine Bürgerin beantragt, den Bahnhof Schönebeck aus Richtung Bremen in Richtung Vegesack in die Prüfung der Barrierefreiheit einzubeziehen (Beschluss Beiratssitzung 11.12.2014).

Eine Bürgerin beantragt, die Zufahrt zur Steingut (Schönebecker Straße 101) speziell für LKW Fahrer besser auszuschildern.

Es werden keine weiteren Anträge vorgetragen.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschrift der 45. Sitzung vom 13. November 2014

Die Niederschrift wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Kitaversorgung im Stadtteil

Der Vorsitzende berichtet, dass Frau Ney vom Amt für Soziale Dienste sich für ihr Fehlen entschuldigt und Herr Dick die Berichterstattung übernimmt.

Am 13.3.2014 wurde im Beirat über dieses Thema gesprochen. In dieser Sitzung hat Herr Dick berichtet, dass 3 bis 4 zusätzliche Gruppen für den U3-Bereich in Vegesack realisiert werden sollen. Damals hieß es, dass eine Gruppe in der Kita Flintacker, zwei Gruppen in der Färberstraße und 10 zusätzliche Plätze im Walldorfkindergarten eingerichtet werden sollen. Außerdem sollte im Zentrum von Vegesack geschaut werden, welche Immobilien sich für eine Ausweitung des Angebotes eignen.

Der Vorsitzende verliest den Beschluss des Beirates aus der Sitzung im Dezember:

„Der Vegesacker Beirat fordert die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, die Kinderbetreuung im U3 sowie im Elementarbereich in Vegesack bedarfsgerecht auszubauen und kurzfristig die Planungen dem Beirat vorzustellen.“

Hierbei ist neben dem bereits vorhandenen erhöhten Bedarf, insbesondere der vermehrte Bedarf durch das Wohnheim in Grohn sowie die Schließung der Einrichtung Kükenstall zu berücksichtigen.“

Der Vorsitzende räumt ein, dass zum ersten Teil des Beschlusses noch keine Ergebnisse vorliegen können. Er erinnert an den Senatsbeschluss vom 13. Januar 2015, dass bis 2020 mehr als 2100 zusätzliche Betreuungsplätze in Bremen geschaffen werden sollen. Außerdem erinnert er an das Wohnheim in der Steingutstraße und die umliegenden Kitas, in denen Betreuungsplätze fehlen.

Herr Dick spricht zunächst die Situation des Kükenstalls an. Es wurde bis zum Ende des Kindergartenjahres ein Quartier für die Kleinkindgruppe gefunden, sie findet Unterkunft in der Kirchengemeinde an der Pezelstraße. Außerdem hat er das alte Straßenverkehrsamt besichtigt. Der Elternverein Kükenstall wurde nun aufgefordert, sich zu überlegen, ob er auch eine größere Einrichtung führen kann. Der Senator für Soziales wird gleichzeitig eine Standortanalyse durchführen. Er geht davon aus, dass in der Johann-Lange-Straße 3 bis 4 Gruppen untergebracht werden könnten.

Bis 2020 wird auf jeden Fall noch eine zusätzliche Einrichtung in Vegesack benötigt. Er geht davon aus, dass ein Standort auf dem Grundstück der Schule Fährer Flur realisiert werden kann.

Frau Evers (Kita Vegesack) berichtet, dass die Eltern des Kükenstalls einen Brief bekommen haben, dass der Kükenstall ab Sommer in einer anderen Immobilie weiter geführt wird.

Herr Dick erklärt, dass die baurechtlichen Fragen zur Unterbringung im alten Straßenverkehrsamt noch nicht geklärt wurden und die Überlegungen parallel geführt werden müssen.

Er geht aber davon aus, dass im Moment an nur einem Standort eine neue Einrichtung entstehen kann. Es sei zu prüfen, ob man in das ehemalige Straßenverkehrsamt geht oder in die Fährer Flur, was er persönlich präferieren würde.

Im Spielhaus der Grohner Düne kann eine zusätzliche Betreuung von Schulkindern eingerichtet werden, die Ausstattung mit entsprechendem Personal (eine volle Stelle) ist genehmigt. Leider ist nicht bekannt, wie viele Kinder in der Altersstufe 0 bis 6 in der Grohner Düne leben und eine Betreuung benötigen.

Zum Standort Steingutstraße erklärt er, dass es dort zur Zeit 14 Kinder im Alter von unter 3 Jahren, 8 Kinder von 3 bis 6 Jahren und 7 Schulkindern gibt. Falls eine Betreuung der Schulkindern für die Nachmittagsstunden benötigt wird, soll versucht werden, dies einzurichten. Bei den 3 bis 6 jährigen Kindern muss man sehen, dass sie untergebracht werden, bei den U 3 Kindern wird es von den Familien meist nicht gewünscht, dass sie fremdbetreut werden.

Es gibt die Senatsentscheidung, dass jedes Übergangswohnheim Betreuungsangebote schaffen muss, damit möglichst früh in den Spracherwerb eingestiegen werden kann. An der Umsetzung an diesem Standort wird gearbeitet.

Für das Kindergartenjahr 2015 gibt es einen Deputationsbeschluss von November, dass im Stadtteil Vegesack 16 Plätze zusätzliche eingerichtet werden. Diese werden in der Kita Färberstraße realisiert. Der Walldorfkindergarten wird zum Kindergartenjahr 2015/2016 ein U3 Angebot realisieren.

Der Vorsitzende fragt wie die Einrichtung von mehreren Gruppen am Standort Fährer Flur realisiert werden soll, da die Schule keine Räume übrig hat.

Herr Dick erklärt, dass es dort ein riesiges Freigelände gibt, welches mit einer Kita bebaut werden könnte. Möglicherweise muss auch die Schule erweitert werden. Er kann sich vorstellen, dass dort eine Einrichtung mit 5 bis 6 Gruppen entstehen könne.

Frau Sprehe begrüßt, wenn an den Standorten Fährer Flur und „ehemaliges Straßenverkehrsamt“ neue Einrichtungen entstehen und erinnert, dass 16 neue Plätze nicht

ausreichen. Sie hält es für wichtig, dass die Flüchtlingskinder in den umliegenden Kitas untergebracht werden, um die Integration zu fördern. Es müssen Plätze für die Flüchtlingskinder, die möglicherweise im laufenden Jahr kommen, vorgehalten werden.

Herr Dick erklärt, dass der Standort Fährer Flur nur als Alternative gedacht werden kann, wenn Kükenstall nicht in das ehemalige Straßenverkehrsamt einzieht. Dies ist die Planung, um die Zusagen bis 2020 einhalten zu können. Er kann im Moment nicht mehr als 16 (vielleicht bis 20) Plätze zusagen, so ist die Beschlusslage. Es muss, wenn die Anmeldungen für das Kindergartenjahr 2015/2016 abgeschlossen sind, geprüft werden, ob noch mehr Angebote geschaffen werden müssen.

Herr Buchholz kann keine Gewährleistung der bedarfsgerechten Versorgung an Kitaplätzen für das neue Kindergartenjahr erkennen. Die Überlegung, in der Fährer Flur eine Einrichtung einzurichten, kritisiert er stark, weil dort ab Sommer der Spieltreff des Kreissportbundes stattfinden soll und der Beirat sogar schon einen Rasenmäher finanziert hat. Er kritisiert, dass die betroffenen Institutionen nicht in diese Überlegungen einbezogen wurden. Außerdem gibt es einen Grundsatzbeschluss, diesen Bereich nicht zu bebauen. Er ist der Meinung, dass nochmals nach geeigneten Immobilien im Zentrum Vegesacks Ausschau gehalten werden muss.

Herr Scharf schließt sich der Meinung an. Er würde die Johann-Lange-Straße bevorzugen, wobei sicherlich große Investitionen anstehen würden. Er ist irritiert, dass der Senator für Soziales nicht nachverfolgen kann, wo die Flüchtlinge bleiben, die aus der Aufnahmestelle Steinsetzerstraße direkt in Wohnungen oder zu Bekannten ziehen.

Der Vorsitzende erklärt, dass er von der Idee in der Fährer Flur eine Kita zu errichten, zum ersten Mal hört. Diese Fläche ist so groß, dass dort Platz für eine Kita und den Sportbund wäre. Diese Einrichtungen könnten sich sehr gut in ihren Angeboten ergänzen und somit zu einer WIN-WIN Situation führen.

Das Problem ist allerdings, dass bis zum Beginn des neuen Kindergartenjahres kein Neubau stehen wird und jetzt überlegt werden muss, wie den Kindern und Familien geholfen wird.

Herr Dick erklärt, dass er selbstverständlich weiß, wo die Flüchtlinge hinziehen, wenn sie über die ZAST kommen. Bei Familiennachzügen fehlt ihm die Information. Die Einrichtung einer Kita in der Fährer Flur hält er für einen Gewinn auch für die Schule und den Kreissportbund, es wäre eine große gepflegte Fläche, die für Kinder im Stadtteil zur Verfügung steht.

Herr Pörschke erklärt, dass sehr wohl bekannt ist, wo die Flüchtlinge hier in Bremen unterkommen, weil sie ihre Wohnverhältnisse im Ausländeramt bzw. Sozialzentrum offenbaren müssen. Diese Zahlen sollten sich leicht zusammentragen lassen. Er dankt dem Vorsitzenden für den Hinweis, wie man den Sportplatz an der Fährer Flur gestalten könnte, damit diese Maßnahme für alle eine WIN-WIN-Situation ergibt.

Frau Tannhäuser macht darauf aufmerksam, dass entsprechende Zufahrtswege zum Kindergarten geschaffen werden müssen, damit dort morgens kein Verkehrschaos entsteht.

Frau Lawker, Leiterin der Kita Schönebeck bestätigt die von Herrn Dick genannten Zahlen. Zur Einrichtung Steingutstraße berichtet sie, dass der Kinderbetreuungs-Raum von Schülerinnen ehrenamtlich gestaltet wurde. Eine Betreuung vor Ort fehlt definitiv, Frau Becks vom ASB hat eine 12 Stundenkraft beantragt um wenigstens einen Spielkreis einrichten zu können.

Herr Dick nimmt diese Information mit und wird es an die zuständigen Personen weiterleiten.

Der Beirat nimmt die Ausführungen von Herrn Dick zur Kenntnis. Er wird gebeten, sobald die Anmeldefrist verstrichen ist, dem Ortsamt die dann aktuellen Zahlen zu übermitteln. Außerdem bittet er Herrn Dick, wenn die Planungen zur Einrichtung einer Kita in der Fährer Flur fortgeführt werden, das Ortsamt und den Beirat zu informieren, damit dies im Beirat diskutiert werden kann.

Der Beirat beschließt einstimmig, dass in dem Flüchtlingswohnheim Steingutstraße eine Kinderbetreuung vor Ort organisiert zu erfolgen hat.

Tagesordnungspunkt 4

Vorstellung des Medienkompetenzzentrums im Gustav-Heinmann-Bürgerhaus

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Dr. Ballnus vom LIS, Frau Gronholz, die Leiterin des Bürgerhauses und Herrn Hänke, Mitarbeiter der Landesmedienanstalt.

Der Vorsitzende berichtet vom Werdegang des Medienkompetenzzentrums in den letzten Jahren und erinnert daran, wie lange der Beirat sich schon mit diesem Thema befasst. Er bittet die drei Gäste, vom aktuellen Stand zu berichten.

Herr Dr. Ballnus freut sich, dass er dieses Mal mit einer positiven Botschaft im Beirat ist. Er berichtet, dass vier Partner an diesem Projekt beteiligt sind. Es handelt sich um sehr verschiedenen Einrichtungen:

- Die Bremische Landesmedienanstalt, sie finanziert sich durch die Rundfunkgebühren und gilt als „staatsfern“.
- Das LIS, welches eine staatliche Dienststelle ist und an die Senatorin für Bildung angebunden ist.
- Das Bürgerhaus, welches als Verein am Tropf des Kultursenators hängt,
- und ELF, als rein privater Verein mit ganz vielen jungen Menschen.

Hier prallen vier ganz unterschiedliche Kulturen aufeinander, die sich zunächst finden mussten.

Jeder Partner bringt etwas ein. Das LIS stellt die Referenten und Dozenten, die Landesmedienanstalt ist eher für die finanziellen Mittel zuständig, das Bürgerhaus stellt die Räume zur Verfügung und ELF bringt sich und seine Mitglieder mit ganz festen wöchentlichen Angeboten ein.

Es wurde eine Steuergruppe eingerichtet, die überlegt hat, wie der Start erfolgen sollte. Es wurde mit einem „Softopening“ schon vor der offiziellen Eröffnung mit der Arbeit begonnen. Der Name und Arbeits-Titel heißt „Bürgerhaus Medial“
Zielgruppe sind alle Bürger und Bürgerinnen in Bremen-Nord, so musste erstmal geschaut werden, was auch tatsächlich angenommen wird.

Frau Gronholz sieht in der Unterschiedlichkeit der Partner eine große Chance. Aufgrund der Vielseitigkeit kann so ein großes und umfangreiches Programm angeboten werden. Das neue Programmheft ist gerade in Druck gegangen. So bietet ELF regelmäßig Filmvorführungen an und hat bereits steigende Zuschauerzahlen. Außerdem bietet ELF einen Workshop an, in dem mit Jugendlichen ein Drehbuch entwickelt und anschließend verfilmt wird. Radio Weser TV führt donnerstags in die Arbeit eines Radiostudios ein. Das LIS bietet eine Blog-Werkstatt an. Die (bre)ma bietet Computerspiele für Erwachsene an. Dort können Eltern sich informieren, welche Spiele es gibt und welche Chancen und Gefahren sich in den Spielen finden. Das LIS bietet einen filmisch aufbereiteten Streifzug durch Bremen-Nord an. Dort wird die Stadtteilgeschichte aus unserem Stadtteil aufgegriffen.

Herr Hänke berichtet, dass das Medienkompetenzteam zwei Aufgaben hat. Zum einen betreibt es den offenen Kanal und es initiiert und betreut Medienkompetenzprojekte. Radio Weser TV ist ein echter Radio- und Fernsehsender der über Antenne und Kabelkanal verbreitet wird. Das Radioprogramm wird 7 Tage die Woche rund um die Uhr gesendet. Das Fernsehprogramm wird gemeinsam mit den Kollegen aus Bremerhaven gestaltet, Es gibt 4 Stunden pro Tag originäres Programm, welches am folgenden Tag zwei Mal wiederholt wird. Es gibt in der Stadt verteilt drei Fernsehstudios. Eines davon befindet sich in der Bürgerschaft, um Sitzungen teilweise live senden zu können. Es gibt fünf Radiostudios wovon eines hier in Vegesack im Bürgerhaus untergebracht ist. Seit der Einrichtung des Studios hat es schon eine Reihe von Projekten gegeben. Es wurde der Zukunftstag organisiert, es gab eine Sendung in Plattdeutscher Sprache und eine Sendung zur Eröffnung des Bürgerhauses. Es gab eine Hörspielproduktion mit dem Zirkus Tohuwabohu und verschiedene weitere Radioprojekte. Das Radiostudio soll ein Radiostudio in Bremen-Nord für Bremen-Nord sein.

Frau Sprehe freut sich, dass sich der Kampf des Beirates zur Erhaltung der Einrichtung ausgezahlt hat.

Herr Degenhard wundert sich, dass das so viel Programm in nur Zwei Räumen geboten werden kann. Er findet es erfreulich, dass das Bürgerhaus endlich aus der linken Schmutzdecke heraus gekommen ist und dort ein frischer Wind weht.

Frau Krohne fragt, ob es richtig sei, dass das Studio am Wochenende nicht genutzt werden kann.

Herr Hänke erklärt, dass die Öffnungszeiten des Studios mit den Öffnungszeiten des Bürgerhauses gekoppelt sind.

Frau Gronholz erklärt, dass es für besondere Projekte möglich gemacht wird, das Bürgerhaus auch am Wochenende zu öffnen.

Seit der Eröffnung gibt es jeden Donnerstag eine Präsenzzeit von 14:00 bis 18:00 Uhr. Zu dieser Zeit können Interessierte sich das Studio anschauen und ihre Projektidee vorstellen. Gegebenenfalls könnte ganz kurzfristig eine Sendung, vielleicht sogar live, gesendet werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, bei der Märzsitzung einen Ortstermin im Bürgerhaus einzuplanen.

Tagesordnungspunkt 5

Evaluation des Ortsgesetzes für Beiräte und Ortsämter

Der Vorsitzende informiert über die Evaluation des Ortsgesetzes für Beiräte und Ortsämter und liest einige wichtige Passagen vor. So wurde u.a. festgestellt, dass die Beiräte und Ortsämter nicht immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal übernehmen können. Prof. Probst empfiehlt in seinem Gutachten, die verpflichtende Anzahl von Planungskonferenzen zu reduzieren. Im Anschluss von Planungskonferenzen sollten Beiratssitzungen durchgeführt werden bzw. sollten sie an die Fachausschüsse des Beirates angebunden werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Beirat Vegesack schon viele Planungskonferenzen durchgeführt hat und immer wieder durchführt, ohne sie als Planungskonferenz zu benennen. Die Empfehlungen im Gutachten zum Thema Bürgerbeteiligung hat der Beirat Vegesack ebenfalls schon umgesetzt.

Zur Jugendbeteiligung wird empfohlen rund 10% der Globalmittel für Jugendprojekte zu nutzen. Der Beirat Vegesack hat in der Vergangenheit mit rund 10% der Globalmittel Jugendprojekte unterstützt hat.

Die Prüfung der Rechte der Beiräte bei Baugenehmigungsfragen hat zu erfolgen.

Es sollte eine verbindliche Einstellung von Stadtteilbudgets für die Beiräte von Seiten der Senatorischen Ressorts erfolgen.

Es sollen standardisierte und verbindliche Verfahren für die Bearbeitung von Anfragen der Beiräte in den senatorischen Behörden und zuständigen Stellen entwickelt werden.

Die Sitzungsgelder sind an die gestiegene Arbeitsbelastung der Beiräte anzupassen (auch unter Berücksichtigung eines Inflationsausgleiches).

Für die beiratsübergreifende Zusammenarbeit empfiehlt das Gutachten Regionalausschüsse für beiratsübergreifende Problemlagen. In dem Bereich sind wir hier in Bremen-Nord Modellfall für die anderen Regionen, denn hier in Bremen-Nord wurde der Regionalausschuss schon vor längerer Zeit ins Leben gerufen.

Herr Pörschke findet, dass das Gutachten akkurat die Schwachstellen des Beirätegesetzes darstellt. Es basiert auf unzähligen Gesprächen mit Beiratsmitgliedern unterschiedlichster Fraktionen und Kommunalparlamente. Es ist somit gesättigt mit Erfahrungen. In dem Gutachten wird auch festgestellt, dass die ehrenamtlichen Beiräte an ihre Grenzen stoßen. Viele Bürger wissen nicht, dass die Beiratsmitglieder dieses Amt nur ehrenamtlich bekleiden und oft sind die Bürger recht ungeduldig, wenn es um die Erledigung ihrer Wünsche geht. Herr Pörschke erklärt, dass es früher möglich war, dass Fragen einzelner Mitglieder des Beirates immer in die zuständigen Ressorts weiter gereicht wurden. Diese Praxis ist nach dem neuen Gesetz nicht mehr möglich, weil eine Mindestzahl an Unterstützern benötigt wird. Hier in Vegesack wurden solche Anfragen immer weiter gegeben, aber es gibt Beiräte in denen es nicht funktioniert, weil die falsche Frage von der falschen Person gestellt wird. Er bittet darum, das Beirätegesetz in diesem Bereich zu korrigieren, damit das Fragerecht des Einzelnen wieder aufgenommen wird.

Frau Sprehe, unterstützt die Ausführungen von Herrn Pörschke. Sie hält die Statistik zu den Planungskonferenzen in dem Gutachten für falsch, hier in Vegesack wurden innerhalb der Beiratssitzungen viele Planungskonferenzen unter anderem Namen durchgeführt.

Die notwendige professionelle Hilfe zur Bürgerbeteiligung hat der Beirat seiner Zeit von den knappen Globalmitteln finanzieren müssen. Bürgerbeteiligung darf nicht mehr auf Kosten der minimalen Globalmittel durchgeführt werden, die Mittel müssen den Beiräten zur Verfügung gestellt werden.

Eine ordentliche Personalausstattung in den einzelnen Ortsämtern hält sie, gerade bei den vermehrten Aufgaben durch das Beiratsgesetz, für sehr wichtig. Sie sieht, dass die Arbeit auch für die Mitarbeiter/innen der Ortsämter mehr geworden ist. Gerade im Ortsamt Vegesack hält sie die Personalausstattung für minimalistisch und schlägt vor, einen Antrag auf schnellstmögliche Wiederbesetzung der vakanten Stelle im Ortsamt und die Feststellung eines erhöhten Bedarfes zu stellen.

Herr Scharf schließt sich den Vorrednern an.

Er kritisiert am Beirätegesetz, dass die Rechte, die den Beiräten zugesprochen werden, von den zuständigen Behörden nicht „gelebt“ werden. Die Beiräte können arbeiten und beschließen, aber oft passiert nichts.

Herr Buchholz kritisiert, dass die Beiratsmitglieder den Info-Ordner mit dem Beirätegesetz erst eineinhalb Jahre nach der Wahl erhalten haben. Er fragt sich, warum dieses Buch nicht auch den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wird. Er bedauert, dass der erste Brief, den man als Beiratsmitglied bekommt kein Dankschreiben, sondern ein Ermahnungsschreiben ist. Man sollte froh sein, über jede Person, die sich bereit erklärt, für eine Zeit im Beirat oder einem Ausschuss mitzuarbeiten.

Dieses novellierte Beirätegesetz hat den Beiräten eine Fülle von Aufgaben übertragen. Die Beiratsmitglieder müssen sich in vielen Dingen erst einlesen und schlau machen, es stehen keine wissenschaftlichen Mitarbeiter parat, wie in den senatorischen Behörden.

Den Ortsämtern müssen die notwendigen Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Arbeitsaufträge der Beiräte überhaupt abarbeiten können.

Aus seiner Sicht müssen die Bedingungen für die Beiräte erheblich geändert und verbessert werden. Die Beiratsmitglieder sind ganz normale Bürger, die sich in ihrer Freizeit um den Stadtteil kümmern. Er ärgert sich über die Summe von 20,45 Euro pro Sitzung, die für die Kosten von Papier und Druckerpatronen kaum reichen. Es ist kein Wunder, dass sich nur noch wenige Beiratsmitglieder über mehrere Legislaturperioden aufstellen lassen. In einer niedersächsischen Umlandgemeinde gibt es pro Monat ein Fixum von über 200 Euro für jedes Ratsmitglied. Es mangelt an der notwendigen Wertschätzung. Er beklagt, dass es keinerlei Dank von Seiten der Senatorischen Behörden an langjährige Beiratsmitglieder gibt. Auch die FDP hat damals dafür gestimmt, dass die Ortsämter der Senatskanzlei unterstellt werden. Heute stellt er fest, dass das Innenressort früher sehr viel umtriebiger und wertschätzender mit den Beiräten umgegangen ist, als die Senatskanzlei. Vor der Novellierung hatten die Kleinen Parteien mehr Rechte in der Beirätekonzferenz, weil heute kaum eine Chance besteht, dass die kleinen Fraktionen einen Beiratssprecher stellen.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Beirat nur über das Stadtteilbudget Grünpflege beratschlagen kann und das eine Forderung sein sollte, in allen Bereichen Budgets zur Beratung zu bekommen.

Frau Sprehe beklagt, dass der Beirat nicht mehr befragt wird, wenn es um Prioritätensetzung zur Sanierung von Straßen geht und oft Straßen saniert werden, die es eigentlich noch nicht so nötig haben. Sie erinnert daran, dass die Beiräte in vielen Bereichen eine breite Bürgerbeteiligung ermöglichen.

Herr Buchholz würde sich freuen, wenn die Parteien in Zukunft, besonders die kleineren Parteien, einen Raum kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen würden, wo die Fraktionen ihre Vorbesprechungen durchführen können.

Herr Degenhard stimmt Herrn Buchholz zu. Er ist überzeugt, dass das beste Beirätegesetz nichts nützt, wenn die Kultur unter allen Beteiligten nicht stimmt.

Es wird folgender Beschluss einstimmig gefasst:

Der Beirat Vegesack fordert,

- 1. die Gewährleistung der Finanzierung der professionellen Begleitung von Beteiligungsverfahren nicht aus Globalmitteln sondern aus Mitteln der Senatskanzlei,*
- 2. die Höhe des Sitzungsgeldes zeitgemäß anzupassen und auf mindestens 25 Euro zu erhöhen,*
- 3. in allen Bereichen verbindliche Stadtteilbudgets einzuführen,*
- 4. das Fragerecht von Beiratsmitgliedern zu ändern und nicht abhängig zu machen von einer gewissen Zahl von Beiratsmitgliedern,*
- 5. das standardisierte Verfahren für Anfragen (Vorschlag Herr Probst) auch auf Anträge auszuweiten,*
- 6. ein verbindliches Recht der Teilnahme aller Fraktionen (mit einem Sitz für Bremen) an der Beirätekonzferenz, (7 Zustimmungen, 6 Gegenstimmen, 1 Enthaltung)*
- 7. die Bereitstellung der erforderlichen rechtlichen Grundlagen für die Beiratsarbeit für alle Beirats- und Ausschussmitglieder zu Beginn der Legislaturperiode,*
- 8. die kostenlose Bereitstellung eines Raumes für Fraktionsvorbesprechungen.*

Außerdem stellt der Beirat Vegesack einen erhöhten Personalbedarf des Ortsamtes im Mittelzentrum fest und fordert die Wiederbesetzung der vakanten Stelle.

Tagesordnungspunkt 6 Vergabe von Globalmitteln

Der Vorsitzende erklärt, dass kurzfristig Repräsentationsmittel für eine Kranzniederlegung benötigt werden. Er bittet darum, 1000 Euro für Repräsentationsmittel für das Jahr 2015 zu beschließen.

Einstimmiger Beschluss.

Tagesordnungspunkt 7 Besetzung von Ausschüssen

Herr Sonnekalb bittet darum, Herrn Degenhard für Frau Schöttler in den Stadtentwicklungsausschuss zu entsenden.

Einstimmiger Beschluss.

Tagesordnungspunkt 8 Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegt ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag aller Beiratsfraktionen zur Lärmbelästigung des Frachters Fritz vor. In den Weihnachtstagen lag am Lürssen Anleger am ehemaligen Vulkangelände ein Frachter, der nur mit Hilfe eines Hilfsdiesels mit Strom versorgt werden konnte. Dieser Dieselmotor war extrem laut und eine andauernde Belastung für die Anwohner. Mit vereinten Kräften ist es gelungen, dass der Frachter am 3. Januar abgelegt hat und an einem anderen Platz anlegen musste. Damit so etwas zukünftig nicht mehr passiert, haben die Fraktionen folgenden Antrag formuliert:

Dauerhafte Lärmemissionen, wie sie der über die Weihnachtsfeiertage an der Weser festmachende Frachter „Fritz“ aufgrund mangelhafter technischer Ausstattung aussandte, dürfen zukünftig nicht wieder zugelassen werden.

Der Vegesacker Beirat fordert daher den Senator für Umwelt, das Hafenamts sowie alle zuständigen senatorischen Behörden auf, durch strikte Anwendung aller bereits gültigen gesetzlichen Bestimmungen zukünftige Liegezeiten von Schiffen mit mangelhafter technischer Ausstattung entlang der Weserseite nur noch unter Auflagen zuzulassen. Das dauerhafte Betreiben eines Schiffsdiesels in Ermangelung einer ausreichenden Landstromversorgung muss unter allen Umständen verhindert werden.

Einstimmiger Beschluss

Es liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag zur Beleuchtung am Bahnhofsvorplatz vor.

Herr Scharf erklärt, dass der Bahnhofsvorplatz in den Randbereichen trotz der 4 Masten nicht vernünftig ausgeleuchtet ist.

Die Dringlichkeit wird mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.

Herr Degenhard ärgert sich, dass die Beleuchtung auf dem Bahnhofsvorplatz „grottenschlecht“ ist.

Frau Sprehe möchte die Situation nicht gutheißen, erklärt aber, dass die Situation sich dort gegenüber früher nicht verschlechtert hat, nur das im Moment die ehemals beleuchteten Unterstände abgerissen werden und durch 6 neue beleuchtete Unterstände ersetzt werden. Anschließend werden also mehr Leuchtquellen am Rande des Bahnhofsplatzes vorhanden sein.

Der Antrag wird um die Erinnerung an den Beschluss der Beiratssitzung vom 9. Oktober 2014 ergänzt und einstimmig beschlossen.

Der Beirat Vegesack fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, die Beleuchtung auf dem Bahnhofsvorplatz zu verbessern, so dass der gesamte Platz besser ausgeleuchtet wird.

Der Beirat Vegesack erinnert an den Beschluss vom 9. Oktober 2014:

Der Vegesacker Beirat fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, endlich seiner Verantwortung für diese bedeutende Schnittstelle zwischen Bahn- und Busverkehr nachzukommen und umgehend eine zukunftsfähige Gesamtkonzeption in Abstimmung mit allen relevanten Beteiligten vorzulegen sowie zeitgleich eine entsprechende Finanzierung offenzulegen.

Der Vegesacker Beirat erwartet, dass aussagefähige Lösungsvorschläge des verantwortlichen senatorischen Ressorts in enger Abstimmung mit Bauamt Bremen-Nord und Ortsamt Vegesack unverzüglich den Fraktionen des Beirats zur weiteren Beratung zur Verfügung gestellt werden.

Hierbei sind alle Seiten des Platzes hinsichtlich der Gestaltung und der Übersichtlichkeit ausreichend zu würdigen. Die künftigen Anforderungen durch den Hochwasserschutz bzw. die Erlebbarkeit des Museumhafens sind hierbei besonders in die Planungen einzubeziehen.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Dem Ortsamtleiter liegen keine Mitteilungen vor.

Tagesordnungspunkt 10 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe macht auf die Kranzniederlegung am Sonntag den 25. Januar 2015 zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus aufmerksam. Am 27. Januar jährt sich die Befreiung von Auschwitz zum 70. Mal.

Wegen der Sitzung des Regionalausschusses wird die Bürgersprechstunde am 28. Januar für eine Stunde vorgezogen.

Frau Spehe berichtet aus dem Rathausarbeitskreis. Dort gab es einen Bericht des Statistischen Landesamtes zur Bevölkerungsentwicklung in Bremen-Nord. Es wurde heraus gestellt, dass der Bevölkerungsrückgang sich der Entwicklung der gesamten Stadt Bremen angeglichen hat. Die Bevölkerungsgruppe von 15 bis 49 jährigen nimmt in unserem Stadtteil allerdings rapide ab. Daher sind die familienfreundlichen Bauprojekte für unseren Stadtteil besonders wichtig. Außerdem wurde über die Grohner Düne gesprochen und das Naherholungskonzept vorgestellt.

Tagesordnungspunkt 11 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Es liegen keine Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:25 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin